

Niederschrift

zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 05.11.2013	18:00- 21:14 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Stephan Wende

Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnick, Fred-Hagen Grünewald, Maria Meini

CDU-Fraktion

Rolf Hilke (geht 19:25 Uhr), Jens Hoffrichter, Wolfgang Petenati (ab 19:25 Uhr - Vertretung für Herrn Hilke)

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter (ab 18:15 Uhr), Klaus Hemmerling, Jürgen Luban

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol (ab 18:14 Uhr), Lothar Hoffrichter, Petra Schumann (Vertretung für Herrn Lutz König)

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Aplitz,

Sachkundige BürgerInnen

Franz Finka, Jens Finka

Verwaltung

Marcel Herzog, Marion Nötzel, Katja Renner, Irina Retzlaff, Christfried Tschepe, Dr. Ingo Wetter (geht um 19:40 Uhr)

Gäste

Siegfried Daske (Behindertenbeirat), Dipl.-Ing. Petra Edel (Büro Edel-Projekt), Elke Neitsch (Behindertenbeirat), Dipl.-Ing. Thomas Spitzer (Büro Hoffmann-Leichter), Uwe Stemmler (MOZ), 12 weitere Bürger/innen

Abwesend

FDP-Fraktion

Lutz König

Sachkundige BürgerInnen

Matthias Bogdan, Lothar Kranz, Beatrix Ring

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses, bei Eröffnung der Sitzung, anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 15.10.2013

Die Niederschrift vom 15.10.2013 wird bestätigt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende lädt die Mitglieder des Ausschusses im Namen der Plattform gegen Rechts und des evangelischen Kirchenkreises zum Gedenken der Pogromnacht von 1938 ein. Veranstaltungsbeginn ist 18:00 Uhr im Dom mit anschließendem Lichtermarsch und die Veranstaltung „Weiße Rose“.

Des Weiteren erinnert der Vorsitzende daran, dass der Ausschuss die Verwaltung um eine detaillierte Berichterstattung zu den Projekten „Sonnengrundschule“ und „Altes Rathaus“ gebeten hat. Da die Verwaltung bisher keine Unterlagen zur Verfügung gestellt hat, erkundigt sich der Vorsitzende, ob der Ausschuss die Initiative ergreifen möchte, aus jeder Fraktion eine Person zu benennen, die in einer Arbeitsgruppe Einsicht in die Unterlagen nimmt. Herr Hilke berichtet, dass er in der letzten Sitzung (außerhalb des Protokolls) angeregt hat, eine Sitzung ausschließlich für diese Themen durchzuführen.

Die Verwaltung nimmt den Auftrag des Ausschusses auf, eine Sondersitzung zu den Themen „Sonnengrundschule“ und „Altes Rathaus“ durchzuführen.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Vorstellung der Verkehrssicherheitsinspektion im südlichen Bahnhofsumfeld (BE: Dipl.-Ing. Thomas Spitzer, Büro Hoffmann-Leichter)

Hr. Tschepe erläutert eingangs, dass der Auftrag zur Verkehrssicherheitsinspektion anlässlich konkreter Unfälle im Kreuzungsbereich Eisenbahnstraße/Seelower Straße und aufgrund des Fahrverhaltens der Radfahrer im Bahnhofsumfeld, die sich zu 90 % nicht regelkonform verhalten haben, ausgelöst wurde. In Gesprächen mit der Polizei und dem Ordnungsamt wurde festgestellt, dass es

nahezu aussichtslos ist, an der betreffenden Stelle jemanden für ein erzieherisches Gespräch oder auch die Einholung einer Geldbuße zu positionieren. Die überwiegende Anzahl der Verkehrsteilnehmer hält an dieser Stelle die Verkehrsregeln nicht ein. Da die Verkehrsregelung offensichtlich keinen Sinn macht und es oft gefährliche Situationen gibt, wurde das Büro Hoffmann und Leichter mit der Verkehrssicherheitsinspektion im südlichen Bahnhofsumfeld beauftragt.

Herr Dipl.-Ing. Thomas Spitzer (Büro Hoffmann und Leichter) stellt anhand einer Präsentation die Bestandsanalyse und Vorschläge zu (Sofort)Maßnahmen im südlichen Bahnhofsumfeld vor. (Die Präsentation ist Anhang der Niederschrift.)

Frau Meinl äußert, dass möglichst eine kurzfristige Lösung gesucht werden muss, die wirklich eine Sicherheit gewährleistet und nicht zu kostenintensiv ist.

Herr Grasnick erkundigt sich bei Hrn. Spitzer, ob der vorgeschlagene Minikreisverkehr (siehe S. 21 der Präsentation) auch für den LKW-Verkehr ausreicht. Herr Spitzer erläutert, dass die Miniinsel des Kreisverkehrs für LKWs und Busse überfahrbar ist.

Frau Alter ist der Ansicht, dass sich die Bürger/innen an die Straßenverkehrsordnung halten sollten. Bei ordnungswidrigem Verhalten der Verkehrsteilnehmer/innen, sollte zur Kasse gebeten werden. Frau Alter plädiert dafür, dass Probleme im Straßenverkehr nicht immer mit einer Baumaßnahme gelöst werden.

Herr Wende sieht dies ähnlich wie Fr. Alter. Die Verkehrsteilnehmer/innen sollten, z. B. mit der roten Fahrradweg-Markierung, ordentlich geleitet werden. Herr Spitzer weist darauf hin, dass eine Markierung in der Art für untergeordnete Verkehrsteilnehmer nicht erlaubt ist.

Herr J. Hoffrichter bittet, auch die alten Straßen- und Wegebeziehungen (Seelower Str. – Eisenbahnstr.) zu prüfen und mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Herr Wende findet die Variante, die Eisenbahnstraße als Fahrradstraße zu nutzen, sehr praktikabel. Herr Spitzer erläutert, dass neben den parkenden Autos auch viel Lieferverkehr in der Eisenbahnstraße vorhanden ist. Deshalb ist genau zu überlegen, ob es sinnvoll ist, die Eisenbahnstraße zur Fahrradstraße umzuwandeln. Wobei es nicht bedeutet, dass in einer Fahrradstraße, keine Autos fahren dürfen. Fahrradstraße heißt, dass Fahrzeuge sich grundsätzlich an die Geschwindigkeiten der Radfahrer orientieren sollen. Der Fahrradfahrer ist vorrangiges Fahrzeug in der Straße.

Herr Hemmerling äußert, dass er diese Variante als schlechteste Lösung empfindet. Der Zulieferverkehr muss gewährleistet sein. Die Umwandlung in eine Fahrradstraße lehnt Herr Hemmerling ab.

Der Vorsitzende beendet die Diskussion.

Die Verwaltung nimmt die Anregungen und Hinweise der Ausschussmitglieder mit und prüft die weitere Vorgehensweise.

TOP 6.2 Sachstandsbericht zur Planung für die Hauptachse im Stadtpark (BE: Dipl.-Ing. Petra Edel, Büro Edel-Projekt)

Anhand einer Präsentation erläutern **Frau Nötzel** und **Frau Edel** (Büro Edel-Projekt) den Sachstand der Planung für die Hauptachse im Stadtpark. (Die Präsentation ist Anhang der Niederschrift.)

Frau Alter äußert ihre Sorge bezüglich der Pflege der Bepflanzung, die zukünftig viele Kosten nach sich ziehen wird. Sie erkundigt sich, ob sich die Stadt dies leisten kann.

Herr Hilke erfragt bei der Verwaltung, wie hoch der Eigenanteil der Stadt ist. Des Weiteren bittet er

die Verwaltung, die Unterhaltskosten des Brunnens mit Pumptechnik zu beziffern, bevor in die Bauausführung eingetreten wird.

Frau Edel erklärt zur Sortenauswahl der Rosen, dass eine sehr widerstandsfähige, die sogenannte „Anerkannte Deutsche Rose (ADR-Rose)“, ausgesucht wurde. Diese Rose ist sehr widerstandsfähig gegen Pilzkrankungen. Sie ist selbstreinigend, d. h. die Rose blüht und fällt ab. Die Blühzeit ist von Juni bis zum Frost. Die Pflege beschränkt sich daher auf den Rückschnitt im Frühjahr.

Herr Tschepe informiert, dass die Investition von 300 Tsd. Euro noch nicht der abschließende Betrag ist. Es kommen noch die Planungskosten und die Kosten für einen weiteren Auftrag an das Büro Edel-Projekt (Planung für die Vorplatzfläche vor Parkclub und Heimattiergarten) hinzu. Es handelt sich hier um eine anerkannte förderfähige Maßnahme. Aus den Aufwertungsmitteln der nationalen Städtebauförderung erfolgt eine Zwei-Drittel-Finanzierung. Ein Drittel der Kosten werden von der Stadt getragen. Die Folgekosten sollen nicht erhöht werden. Das Ziel ist es, durch die Neugestaltung, eine sehr viel höhere Qualität, ohne Erhöhung der Folgekosten, zu erreichen.

Herr Hilke erkundigt sich nach den aktuellen Unterhaltskosten für die Pflege im Stadtpark.

Fr. Nötzel erläutert, dass es aufgrund der Wechselbepflanzung rund um den Brunnen häufige Verluste von Pflanzen gibt. Der Brunnen hatte durch den technischen Defekt einen sehr hohen Wasserverbrauch.

Herr Wende bittet die Verwaltung, zur Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2013 eine Aufstellung der bisherigen Unterhaltskosten für den Stadtpark vorzulegen.

Herr Tschepe informiert zur weiteren Vorgehensweise, dass bei heutiger Zustimmung der Ausschusmitglieder, auf der Grundlage des Entwurfs vom Büro Edel-Projekt, ein Ausführungsbeschluss vorbereitet wird. Darin werden auch die Folgekosten benannt.

Herr Wende äußert, dass ein Votum der Ausschusmitglieder bei Vorlage des Ausführungsbeschlusses erfolgt.

Frau Nötzel bittet um ein Votum, in welche Richtung der Brunnen geöffnet werden soll.

Abstimmung für die Öffnung des Brunnens außerhalb der Hauptachse des Stadtparks:

Ja 9 Nein 3 Enthaltungen 1

Bzgl. der grundsätzlichen Abstimmung zur vorgestellten Planung für die Hauptachse im Stadtpark schlägt der Vorsitzende vor, dass von der Verwaltung die Unterhaltskosten für den Brunnen dargestellt werden. In die Haushaltsplanung 2014 soll die Gestaltung des Parkplatzes an der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße aufgenommen werden. Des Weiteren soll eine kritische Prüfung der vorhandenen elektronischen Leitungen durchgeführt werden und festgestellt werden, was neu verlegt werden muss.

Abstimmung:

Ja 13 Nein 0 Enthaltungen 0

**TOP 6.3 Bebauungsplan Nr. 64 "Solarpark Flugplatz II" 5/631
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**

Herr Tschepe erinnert an den Abwägungsbeschluss und die Einwände, die im Rahmen der Behördenbeteiligung vorlagen. Zwischenzeitlich wurden die Bauunterlagen beim Bauordnungsamt in Beeskow eingereicht. Der Abwägungs- und der Satzungsbeschluss werden in der Stadtverordneten-

versammlung am 07.11.2013 auf der Tagesordnung stehen. Der Satzungsbeschluss ist noch mit dem Vorbehalt verbunden, dass der städtebauliche Vertrag, der zu den Ausgleichsmaßnahmen abgeschlossen wird, noch unterzeichnet werden muss. Bei Aufstellung des Bebauungsplans war der Artenschutz ein Konfliktpunkt.

Herr Trautmann (Landschaftsarchitekt und in diesem Projekt Auftragnehmer des Vorhabenträgers) erläutert, dass das geltende Naturschutzrecht einen Vorhabenträger verpflichtet, Eingriffe in Natur und Landschaft zu vermeiden, zu vermindern, auszugleichen und zu ersetzen. Das betrifft hier auch den besonderen Artenschutz, welcher Teil des Naturschutzgesetzes ist. Es ist geregelt, dass bei einem Vorhaben die geschützten Arten nicht getötet und nicht gestört werden dürfen. Die Lebensraumstätten dürfen nicht zerstört werden. Die Population am Ort darf nicht nachhaltig beeinträchtigt werden. Der Vorhabenträger muss dieses nachweisen. Das wurde im B-Plan Verfahren, im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Beitrages, getan. Die betroffenen Arten wurden dargestellt. Grundlage war eine Kartierung von 2011, die im Rahmen der Gesamtplanung durchgeführt wurde. Im Ergebnis sind ein paar Arten vorgekommen, die mit der Unteren Naturschutzbehörde behandelt und diskutiert werden. Es handelt sich um 12 Vogelarten, wobei auch Offenlandarten dabei sind. Ein Solarpark schafft keine Neuversiegelungen, d. h. Flächen werden überdeckt, jedoch nicht überbaut. Der Überdeckungsgrad beträgt höchstens ein Drittel der Fläche. Der Freiflächencharakter bleibt im Wesentlichen erhalten.

Für **Herrn Apitz** stellt sich noch die Frage, ob die Ausgleichsmaßnahmen, die für den Artenschutz notwendig sind, berücksichtigt werden. Nach persönlichen Erkundungen ist der B-Plan, aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde, anfechtbar.

Herr Trautmann erklärt, dass er bereits mehrere Solarpark-Projekte begleitet und alle erfolgreich zum Abschluss gebracht hat. Der Artenschutz wurde betrachtet, berücksichtigt und ordentlich abgearbeitet.

Herr Haas (Vorstand der Enfo AG) informiert, dass die Enfo AG seit drei Jahren mit dem Eigentümer der Fläche (Airport Development) zusammen arbeitet. Die Enfo AG ist dabei, die Fläche für den Eigentümer zu entwickeln. Das Thema Energie ist ein Instrument für die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten. Es handelt sich hier um eine hoch belastete Konversionsfläche, die man mit der wirtschaftlichen Lösung „Photovoltaik“ sanieren kann. Mit der Beräumung der Fläche wurde bereits begonnen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurden mehrere Hundert Kilo Sprengstoff aus dem Boden genommen. Herr Haas macht deutlich, dass alle erforderlichen Maßnahmen, die dem Natur- und Artenschutz dienen, getroffen wurden. Die Enfo AG führt hierzu eine intensive Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund. Nach einem weiteren Klärungsgespräch zwischen der Enfo AG und dem NABU wurde ein neuer Lösungsvorschlag erarbeitet. Herr Haas sichert zu, diesen Lösungsvorschlag vor der Beschlussfassung auf der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2013 vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.05.2013 (GVBl. I S. 17), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548), den Bebauungsplan Nr. 64 "Solarpark Flugplatz II" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 35 Flurstück 297 tw. und Flur 40 Flurstück 12/8 tw., bestehend aus den Planzeichnungen (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.
2. Die Satzung ist erst in Kraft zu setzen, wenn der städtebauliche Vertrag über die Finanzierung und Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen im Plangebiet abgeschlossen ist.

Zustimmung Ja 10 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.4 Aufhebungsverfahren zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 46 5/640
"Wohnbebauung Rückertstraße" hier: Auslagebeschluss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Planentwurf zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 46 „Wohnbebauung Rückertstraße“ mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB öffentlich auszulegen.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.5 Bebauungsplan Nr. 88 "Kita-Standort Heuweg" hier: Aufstellungsbeschluss 5/641

Herr Tschepe informiert, dass das Bauordnungsamt Bedenken hat, am Heuweg einen Standort nach § 34 zuzulassen. Der Bebauungsplan wird für erforderlich gehalten. Zum Planungsrecht am Standort Goßmann-Grundschule hat sich das Bauordnungsamt nicht abschließend festgelegt.

Herr Wende äußert, dass mit der hier vorliegenden Planung in das Gesamtareal eingegriffen wird. Eine Prüfung ist daher notwendig. Sonst bedeutet dies für die Restbebauung, dass nur Teilgrundstücke über Teil-Bebauungspläne realisiert werden können.

Herr Tschepe kann diese Sorge ausräumen, da der Gesetzgeber eine entsprechende Regelung getroffen hat, dass die Kumulation mehrerer Bebauungspläne dazu führt, dass eine Umweltprüfung aufgestellt werden muss. Wir sind hier in der Situation, dass wir einen Standort überplanen, wo ein Gebäude vorhanden und von drei Seiten von Baugrundstücken umgeben ist. Für die weiteren Grundstücke auf der Ketschendorfer Feldmark muss das Verfahren mit Umweltprüfung durchgeführt werden.

Herr J. Hoffrichter erklärt, dass die CDU-Fraktion das gesamte Verfahren als problematisch ansieht. Hintergrund ist die Diskussion aus der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Die CDU-Fraktion möchte eine klare Perspektive und Konzeption. Bisher ist dies nicht zu erkennen. Das Thema „Erweiterung der Schule“ war bisher nicht bekannt. Es sollte eine Grundkonzeption erstellt werden. Die CDU-Fraktion schlägt daher vor, ehrlich mit den Bürger/innen der Stadt umzugehen und mitzuteilen, dass zunächst ein Provisorium in Form einer Containerlösung errichtet werden muss. Langfristig soll dann eine Konzeption für den Stadtteil Süd erarbeitet werden. Kindergärten, Schulen und Hort sollen betrachtet werden. Es wird daher beantragt, das Thema auszusetzen.

Herr Tschepe stimmt zu, zur Versorgungssituation, sowohl bei den Grundschulen als auch bei den Kitas, noch mal eine Gesamtbestandsaufnahme zu machen. Dass es im Bereich der Kitas auch viele private Einrichtungen gibt, ist eine Unsicherheit in der Berechnung des Bedarfs. Die Entwicklung der privaten Einrichtungen ist für die Stadt schwer einschätzbar. Was den konkreten Bedarf von 90 Hortplätzen im Stadtteil Süd angeht, gab es für Herrn Töpfer ausdrücklich keine Vorgabe bzw. Festlegung auf einen der beiden untersuchten Standorte. Es war der Wunsch des Fachbereiches Bürgerdienste, dass eingeschossig gebaut wird, was einen entsprechenden Flächenbedarf auslöst. Herr Dr. Töpfer hatte auch deutlich gemacht, dass eine Containerlösung nicht zwingend schneller und kostengünstiger ist. Wobei eine Containerlösung keine kurzfristige Lösung sein muss. Es gibt Containerbauten, die eine hohe Gestaltqualität und Eignung haben.

Herr L. Hoffrichter fordert im Namen der FDP-Fraktion, den Aufstellungsbeschluss zu überdenken. Die längere Wegebeziehung und die Überquerung einer Hauptstraße sind zum Nachteil der Kinder. Weitere Argumente werden von Herrn L. Hoffrichter vorgetragen (siehe Anhang der Niederschrift).

Herr Wende äußert, dass es momentan kein besonders vertrauenerweckendes Verfahren ist. Es sollte dringend in vertrauensbildende Maßnahmen investiert werden. Es fehlt ein grundsätzliches

Konzept, auf dessen Grundlage diskutiert werden kann.

Frau Alter weist darauf hin, dass die pädagogischen Inhalte vom Fachbereich 3 geliefert werden müssen. In Gesprächen mit den Eltern, hat Frau Alter die allgemeine Grundstimmung aufgenommen, dass ein Standort am Heuweg gewünscht ist.

Dem **Bürger Matthias Rudolf** wird das Rederecht erteilt. Herr Rudolf äußert sich in Vertretung der Eltern. Er macht nochmals deutlich, dass das Votum der Eltern gegen den Standort Tränkeweg ging. Mit einem vierten Standort gehen die Eltern nicht konform. Es wird für den Standort Goßmann-Grundschule keine Zustimmung erfolgen. Eine Gesamtkonzeption ist als Diskussionsgrundlage erforderlich.

Frau Alter erwidert darauf, dass diese Konzeption von Herrn Dr. Wetter und Herrn Politz (Fachbereich 3) zu erarbeiten ist. Weiterhin äußert sich Frau Alter kritisch, dass der Fachbereichsleiter 3 die Sitzung vor diesem Tagesordnungspunkt verlassen hat. Er hätte hier für Auskünfte zur Verfügung stehen müssen.

Der Vorsitzende bittet Herrn Tschepe, die heutige Diskussion im Fachbereich 3 zu kommunizieren.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Horterweiterungsbau mit 90 Plätzen am Standort Heuweg zu realisieren.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 88 „Kita-Standort Heuweg“ für das Gebiet der Flurstücke 282 teilweise und 373 teilweise der Flur 151; der Flurstücke 12 teilweise, 62 teilweise, 386, 387 und 457 teilweise der Flur 158; Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
3. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 6.6 Genehmigung der außerplanmäßigen Ausgabe für die Wintersicherung des Jagdschlusses 5/642

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree stimmt der außerplanmäßigen Ausgabe für die Wintersicherung des Jagdschlusses in der Gesamthöhe von ca. 50.000 € zu.

Diese Ausgabe wird neben den Erwerbskosten durch die überplanmäßige Einnahme in Höhe von insgesamt 115.660 € gedeckt, die auf Grund der anteiligen Rückerstattung des Baukostenzuschusses für das Projekt „Haus Schwan“, Produkt 51130 (Stadtentwicklungsprogramme), Kostenträger 5113040 (Stadtumbau-Aufwertung), Konto-Nr. 235 1000 erfolgt ist

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.7 Benennung einer Straße auf der ehemaligen Staatsreserve 5/643

Abstimmung für „Gleisbaustraße“: 0 Stimmen

Abstimmung für „August-Crelle-Straße“: 13

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Benennung der neu zu errichtenden Erschließungsstraße auf der ehemaligen Staatsreserve in „August-Crelle-Straße“.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Frau Nötzel informiert, dass die Pflanzarbeiten in der Friedrich-Ebert-Straße entlang des Solarfeldes in der KW 42 beginnen.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Meinl macht darauf aufmerksam, dass in der Trebuser Straße, gegenüber dem REWE-Markt, der Fuß- und Radweg voll mit Laub ist. Der Hinweis wird an den Hauptausschuss weitergeleitet.

Des Weiteren erkundigt sich **Frau Meinl** nach dem Bowlingcenter im Pintschgelände. Dieses soll geschlossen sein. Herr Tschepe äußert sich dazu im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr J. Hoffrichter bittet um detaillierte Informationen, in einer der nächsten Sitzungen, über die Kosten der Sigmund-Jähn-Schule.

Frau Alter berichtet, dass vor einem nicht bewohnten Haus in der Kirchhofstraße Dachpappe liegt. Der Hinweis wird dem Hauptausschuss weitergeleitet.

Herr Apitz weist darauf hin, dass in der Einmündung Langewahler Straße/August-Bebel-Straße ein Loch entstanden ist. Außerdem fragt Herr Apitz an, ob es perspektivisch möglich ist, in der Einrichtung Lebenshilfe Oder-Spree e. V. einen Lift zu errichten.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 21:14 Uhr beendet. Der Vorsitzende verabschiedet die Gäste und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 8 Seiten.

Stephan Wende

Katja Renner

Vorsitzender

Schriftführerin